

ZPTh

Zeitschrift
für Pastoraltheologie

Wer ist WIR?
Fragmentarität in Gesellschaft, Kirche und Pastoraltheologie

ISSN: 0555-9308

44. Jahrgang, 2024-2

Dialogorientierte Bürger*innenbeteiligung Heilmittel gegen gesellschaftliche Spaltung und Inspiration für kirchliche Reformprozesse?

Abstract

Den Diagnosen sowohl kirchlicher als auch demokratischer Krisen gemeinsam ist die Problematisierung zunehmender Polarisierungen. In beiden Kontexten werden partizipative Lösungsansätze in Anschlag gebracht, um tiefgreifende Konflikte zu lösen und den Zusammenhalt wieder zu stärken. Viele Hoffnungen in synodale Prozesse wurden jedoch enttäuscht und auch mit Blick auf Formate sog. deliberativer Bürger*innenbeteiligung stellt sich die Frage, ob dieses in Wissenschaft und politischer Praxis vielfach gelobte Instrument des Dialogs die erhofften Potenziale tatsächlich entfalten kann.

Die Suche nach Gründen für ein Scheitern partizipativer Lösungen muss, so das Plädoyer dieses Beitrags, von zwei Seiten her gedacht werden: Sie muss sowohl eine kritische Überprüfung der Krisenerzählung als Spaltungserzählung leisten als auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Konzeption partizipativer Formate, die diese Erzählung zu beantworten versuchen. Die Auseinandersetzung dieses Beitrags mit der Demokratiekrise, aus der sich auch Impulse für andere Krisenkontexte ableiten lassen, zeichnet dabei ein nuanciertes Bild, das die Reduktion dieser Krise auf eine Spaltungserzählung als unterkomplex kritisiert, ebenso wie entsprechende Lösungsversuche, die auf dieses Narrativ reagieren.

Eine zentrale Gefahr liegt etwa darin, sich an normativ aufgeladenen, verkürzten Feind- sowie Leitbildern abzarbeiten, die ausgrenzend statt integrativ wirken und erschweren, strukturelle Ursachen der Krisensituation und Verletzungen demokratischer Werte aufzudecken sowie in einen konstruktiven politischen Streit zu treten. Daraus ergeben sich besondere Anforderungen an die Gestaltung partizipativer Räume, die etwa im Kontext deliberativer Bürger*innenbeteiligung grundlegende Reformbedarfe der Beteiligungspraxis anzeigen.

Crisis diagnoses in both ecclesiastical and democratic contexts unite in problematising increasing polarisation. In both contexts, participatory approaches are proposed to resolve deep conflicts and strengthen cohesion. However, many hopes placed in synodal processes have been disappointed, and concerning so-called deliberative citizen participation formats, the question arises, too, whether this widely praised instrument of dialogue in science and politics can actually unfold its hoped-for potential. The search for reasons for the failure of participatory solutions must, this article argues, be approached from two sides: it must critically examine the crisis narrative as a narrative of polarisation and critically engage with the conception of participatory formats that attempt to address this narrative. This article's examination of the democratic crisis, from which impulses for other crisis contexts can also be derived, presents a nuanced picture that criticises the reduction of this crisis to a polarisation narrative as overly simplistic, as well as corresponding attempts at solutions that react to this narrative.

A central danger lies, for example, in grappling with normatively charged, simplistic enemy images and role models that tend to be exclusionary rather than integrative and complicate the uncovering of and (constructive) debate over the violation of, for instance, democratic core values and the structural causes of the crisis. This results in particular demands on the design of participatory spaces, which in

the context of deliberative citizen participation indicate fundamental needs for reform in participatory practices.

Einführung: Krisen, Spaltung, Deliberation?

Kirchenaustrittszahlen und anhaltende Kritik an der katholischen Kirche von innen und außen verweisen auf grundlegende Reformbedarfe kirchlicher Strukturen. Krisendiagnosen in diesem Kontext scheinen dabei einige Parallelen aufzuweisen zu anderen Krisenkontexten, so etwa der Demokratiekrise in Deutschland. Diese wird im öffentlich-politischen Diskurs in jüngster Vergangenheit oft verbunden mit einer diagnostizierten Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Zunahme gesellschaftlicher Spaltungen. Es besteht der Eindruck, dass Spaltungen zwischen scheinbar unversöhnlichen Lagern Lösungsversuche maßgeblich blockieren, so auch eine Lösung der kirchlichen Krise wie etwa im Rahmen des synodalen Wegs, der in Deutschland angestoßen wurde. Hoffnungen auf einen partizipativen Lösungsansatz, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen *gemeinsamen* Reformweg einzuschlagen und ein kirchliches „Wir“ zu erneuern, wurden damit vielfach enttäuscht. Als Reaktion auf die demokratische Krise sticht sowohl in der politikwissenschaftlichen Forschung als auch in der politischen Praxis ebenfalls ein innovativer, *partizipativer* Lösungsansatz heraus, dem große Potenziale zugeschrieben werden, die Qualität des demokratischen Systems zu verbessern und gesellschaftlicher Fragmentierung entgegenzuwirken: die dialogorientierte – oder auch deliberative – Bürger*innenbeteiligung.

Deliberative Bürger*innenbeteiligung hat auf allen Ebenen des politischen Systems, besonders aber auf der kommunalen Ebene im vergangenen Jahrzehnt einen deutlichen Aufwärtstrend erfahren (ENGAGE 2021). Zahlreiche Bürger*innenräte, Zukunftswerkstätten, Bürger*innendialoge und viele andere Beteiligungsformate, die ohne gesetzlichen Zwang von politischen Organen oder Entscheidungsträger*innen initiiert werden, öffnen den Raum für Bürger*innen, um politische Mandatsträger*innen zu beraten und Empfehlungen für die Gestaltung politischer Prozesse auszusprechen. Konzeptualisierungen von Deliberation in der Tradition von Jürgen Habermas zufolge sind die Teilnehmer*innen dabei dezidiert in ihrer Rolle als Bürger*innen angesprochen, die es ihnen abverlangt, Eigeninteressen mit dem Gemeinwohl abzuwägen; der Dialog zielt zudem auf einen Austausch begründeter, intersubjektiv nachvollziehbarer Argumente, der (im Idealfall) zu einem konsensualen Ergebnis führt (vgl. u. a. Dryzek et al. 2019; Hammond 2020). Unter dem Anspruch der Inklusivität hat sich außerdem das Ideal etabliert, jeweils ein möglichst repräsentatives Bild der Bevölkerung zu beteiligen, was z. B. durch geschichtete Zufallsrekrutierungen auf Grundlage von Melderegisterdaten zu erreichen versucht wird (Siepker et al. 2024).

So konzeptualisiert (d. h. orientiert am Gemeinwohl und an rationaler Argumentation, der Erreichung von Konsens und der Einbindung verschiedener gesellschaftlicher

Gruppen), entsteht der Eindruck, deliberative Beteiligung sei wie dafür geschaffen, einer gesellschaftlichen Fragmentierung entgegenzuwirken. Deliberative Beteiligung könnte damit auch zum Vorbild für den Umgang mit Spaltungen und Fragmentierung in anderen, z. B. kirchlichen Kontexten sein. Allerdings werfen empirische Befunde und kritisch-theoretische Auseinandersetzungen die Frage auf, ob sich (a) die Demokratiekrise adäquat durch eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung beschreiben lässt und (b) deliberative Beteiligung tatsächlich die erhofften Potenziale entfalten kann. Ziel des vorliegenden Beitrags ist, einige Schlaglichter auf diese offenen Fragen zu werfen und den interdisziplinären Mehrwert dieser politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung aufzuzeigen, um damit eine „allgemeine Krisenkompetenz“ zu stärken.

Kritische Perspektiven auf die Diagnose einer gesellschaftlichen Spaltung

Sichtbarstes Symptom der Demokratiekrise ist (nicht nur in Deutschland) das Erstarken von autoritär-populistischen Bewegungen und Parteien wie der AfD, die, erkennbar vor allem an einem großen Zuwachs der Wähler*innenschaft, immer breitere Unterstützung in der Bevölkerung finden. Die entsprechenden Parteiprogramme verfangen bei ihren Anhänger*innen besonders aufgrund ihrer umfassender Kritik an der Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems, die mit zumeist simplifizierten Schuldzuweisungen an etablierte politische Eliten sowie vulnerable Gruppen und teils verfassungsfeindlichen¹ Lösungsvorschlägen beantwortet wird. Demokratiegefährdende Positionen scheinen damit nicht mehr nur auf die Ränder der Gesellschaft verteilt, sondern die Gesellschaft in zwei große Blöcke zu teilen: in autoritär-populistische Anti-Demokrat*innen oder Demokratie-Skeptiker*innen auf der einen und Verteidiger*innen der liberalen Demokratie auf der anderen Seite. – Zeigt sich hier also eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung und liegt die Lösung der Demokratiekrise in der Überwindung dieser Spaltung durch die Wiederherstellung oder Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts? Trotz der geschilderten Evidenzen für diesen Befund neigt diese Diagnose aus (mindestens) drei Gründen zu problematischen Verkürzungen.

Erstens: Eine umfassende empirische Studie, die *Einstellungen* von Bürger*innen zu verschiedenen Themenfeldern (Armut und Reichtum, Migration, Diversität und Gender sowie Klimaschutz) untersucht hat, zeichnet ein nuancierteres Bild und spricht aus soziologischer Sicht gegen eine starke Polarisierung der Gesellschaft (Mau et al. 2024). Das Fazit der Wissenschaftler: „Das Bild einer Spaltung konnten wir als stark überzogen zurückweisen“ (ebd., 245). Im Ergebnis zeigten die Positionen der an der Untersuchung beteiligten Bürger*innen zu den genannten Themenfeldern eine nur moderate bis schwache Polarisierung und einen breiten Korridor der Übereinstimmung (ebd.). Auch

¹ Das Oberverwaltungsgericht Münster hat im Mai 2024 bestätigt, dass der Verfassungsschutz die AfD insgesamt als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstufen darf (Deutschlandfunk 2024).

der These klassenbezogener Polarisierungen widersprechen die Wissenschaftler. Die Meinungslandschaft sei zwar von einer Klassenspezifität gekennzeichnet, d. h. dass die Einstellungen in den untersuchten Themenfeldern systematisch mit der Klassenlage zusammenhängen; keine der Themenfelder sei aber so verfasst, dass sich zwei Klassen als Antagonisten gegenüberstünden und gewissermaßen in entgegengesetzte Richtungen ziehen würden (ebd.).

Gleichzeitig zeigt die Arbeit von Mau et al., dass es Stichworte und Zuspitzungen von Streitthemen, gewissermaßen „Triggerpunkte“, gibt, die bei vielen Menschen (über alle Ungleichheitsarenen hinweg und unabhängig von der politischen Orientierung) vehemente und oft stark emotionale Positionierungen hervorrufen. Diese „Sollbruchstellen der öffentlichen Debatte“ (Mau et al. 2024, 278) treten den Wissenschaftlern zufolge vor allem zu Tage, wenn spezifische Erwartungen der Egalität, Normativität, Kontrolle und Autonomie verletzt werden, d. h. wenn Bürger*innen sich ungleich behandelt fühlen, wenn gegen das, was sie als Normalität sehen, verstoßen wird und wenn sie Entgrenzungen und Kontrollverlust oder Eingriffe in ihre Handlungsroutinen und Autonomievorstellungen fürchten (ebd.). Das passiert häufig, wo Bewegung in ungleiche Verteilungen kommt, weil sich die Welt verändert oder bislang unterlegene Gruppen Ansprüche erheben, welche die Etablierten abzuwehren suchen (ebd.). – An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass (zunehmend) ungleiche Verteilungen, z. B. im Hinblick auf Vermögen (vgl. u. a. BMWK 2024), die Demografie (vgl. u. a. BJK 2024) oder politische Einflussmöglichkeiten (vgl. u. a. Siepker 2022) die gesellschaftliche Realität in Deutschland durchaus stark prägen. – Diese „Sollbruchstellen“ werden außerdem von politischen Akteur*innen genutzt, um emotionale Reaktionen hervorzurufen und Wähler*innenstimmen zu gewinnen. Während sich aus soziologischer Perspektive also kein Bild einer tiefen Gespaltenheit der Gesellschaft hinsichtlich der Einstellungen der Bürger*innen darstellt, gibt es gleichwohl emotionalisierte Konflikte, die sich an zugespitzten Streitpunkten entzünden und starke Positionierungen hervorrufen.

Zweitens: Eine empirisch nicht haltbare Erzählung einer tiefen gesellschaftlichen Gespaltenheit ruft bisweilen inadäquate Lösungsvorschläge hervor, die von verschiedenen Akteur*innen politisch instrumentalisiert werden und eine fundierte Problembeschreibung und eine Lösung der Demokratiekrise erschweren. Auffällig ist, dass ein vermeintliches Auseinanderfallen der Gesellschaft sowohl vonseiten autoritär-populistischer Bewegungen als auch von Befürworter*innen des demokratischen Systems als Bedrohung gekennzeichnet wird. Diese Bedrohung wird jedoch unterschiedlich ausgelegt. So reagieren rechts-populistische Bewegungen wie die AfD mit dem Versuch der Begründung und der zwanghaften Durchsetzung einer einheitlichen, nationalistisch ausgelegten gesellschaftlichen Identität, die alle Menschen (gewaltsam) ausgrenzt und alle Lebens- und Gesellschaftsmodelle delegitimiert, die davon abweichen.

Der Richtung dieses Antwortversuchs haben sich allerdings auch prominente Mitglieder und Führungspersonen konservativer Parteien mit der programmatischen Verwendung

des Begriffs der Leitkultur angeschlossen, der dezidiert als „Fördermittel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ beschrieben wird (Serap Güler, CDU, zit. nach Tagesschau 2023) und ebenfalls ein normatives Leitbild entwirft, das über die Verständigung auf demokratische Grundwerte hinaus zum Angriff auf plurale Lebensmodelle zu werden droht. Was deshalb innerhalb der CDU/CSU zu einem Politikum geworden ist, wirft hier weitere Zweifel an der Überzeugungskraft der Diagnose der gesellschaftlichen Spaltung in unvereinbare politische Lager auf. Denn abgesehen davon, dass die Forderung nach einer Leitkultur eine gesellschaftliche Spaltung eher zu produzieren droht als auf eine tatsächlich bestehende Spaltung zu reagieren, wird hier deutlich, dass sich politische Programme und Haltungen (in diesem Fall der AfD und der Verfechter*innen eines problematischen Leitkulturbegriffs innerhalb der CDU) nicht qua Zugehörigkeit scheinbar unvereinbaren politischen Lagern zuweisen lassen. Sich den Politiken der AfD inhaltlich anzunähern ist mitunter zur Strategie geworden, um AfD-Wähler*innen wieder zurückzugewinnen. Wahlergebnisse zeigen allerdings, dass diese Strategie nicht aufgeht. Gleichzeitig wird das Einfallstor für rechtsextreme Positionen in der demokratischen Debatte weiter aufgestoßen, wenn politische Positionen einer Partei, die als rechtsextremer Verdachtsfall gilt, von anderen Parteien des demokratischen Systems übernommen werden.

Weitere Antworten auf eine vermeintliche gesellschaftliche Spaltung seitens derer, die die liberale Demokratie verteidigen, bleiben wiederum oft bei der Problematisierung und Ablehnung der antidemokratischen Haltungen autoritärer Populist*innen und ‚verblendeter‘ oder ‚rückwärtsgewandter‘ AfD-Wähler*innen stehen (Schäfer & Zürn 2021). Diese Antworten übersehen *strukturelle* Gründe dafür, dass sich bestimmte Gruppen in der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit nicht (mehr) gesehen fühlen und in der Konsequenz autoritär-populistische Bewegungen und Parteien unterstützen. Mit strukturellen Gründen sind Qualitätsmängel des demokratischen Systems gemeint, die Schäfer und Zürn (2021) in ihrer Beschreibung der „demokratischen Regression“ durch den Rückgang demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten (infolge eines technokratischen Politikstils und der Übertragung von Macht auf nicht-majoritäre Organisationen)² und eine mangelnde Umsetzung des Gleichheitsversprechens der Demokratie (d. h. ungleiche Möglichkeiten der politischen Einflussnahme)³ begründen.

² Besonders in krisenbehafteten Zeiten scheint die Zeit für demokratische Aushandlungsprozesse besonders knapp, was Verschiebung politischer Macht auf die Exekutive und nicht-majoritäre Organisationen wie Gerichte und Zentralbanken begünstigt (Enderlein 2013; Kneip & Merkel 2020; Schäfer & Zürn 2021). Dies wiederum führt Schäfer und Zürn zufolge nicht nur zu einer allgemeinen Schwächung parlamentarischer Strukturen und deliberativer Praktiken, sondern erschwere insbesondere oppositionellen und Minderheitenpositionen, sich in der demokratischen Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen (Schäfer & Zürn 2021).

³ In demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert sind insbesondere Bevölkerungsgruppen mit niedrigem sozioökonomischem Status, und zwar über die verschiedenen Möglichkeiten demokratischer Beteiligung hinweg und mit zunehmendem Ausmaß im Zeitverlauf (ENGAGE 2021; Schäfer 2015). Dabei beteiligen sie sich nicht nur weniger politisch als

Schäfer und Zürn bringen die Problematik dieser verkürzten Antworten folgendermaßen auf den Punkt:

[Der] autoritäre Populismus [verfängt] auch deshalb, weil seine Kritik an der Funktionsweise der liberalen Demokratie einen wahren Kern hat. In dieser Perspektive bedarf demokratisches Handeln nicht nur einer Kritik der Unzulänglichkeiten der autoritären Populisten, sondern auch einer Kritik des demokratischen Status quo (Schäfer & Zürn 2021, 196).

Drittens: Das Narrativ der Spaltung der Gesellschaft lenkt die Aufmerksamkeit zuerst auf die sich gegenüberstehenden Gruppen und auf Unterscheidungsmerkmale, die mit der Identität dieser Gruppen verwoben werden. Dies erzeugt ein starres Bild, das, wie gezeigt wurde, der Komplexität der empirischen Realität nicht gerecht wird und strukturelle Ursachen von Konflikten und der Demokratiekrise übersieht. Eine damit einhergehende Fokussierung auf (verschiedene) Identitäten erleichtert es zudem, dass Feindbilder sich verfestigen und Pluralität selbst als gefährlich deklariert wird. Mit Chantal Mouffe (1999) gesprochen, drohen Agonismen dann zu Antagonismen zu werden, sodass politischer Streit vor allem über die Abarbeitung an Feindbildern ausgetragen wird statt durch eine Debatte über konfliktive Interessen, Argumente und Positionen. Nicht zuletzt erschwert ein unterkomplexes Bild antagonistischer Polarisierung – etwa eine Aufteilung zwischen „Anti-Demokrat*innen“ und „Demokrat*innen“ –, demokratie- und menschenfeindliche Positionen aufzudecken, Verantwortung für diese Positionierungen zuzuweisen und klare Abgrenzungen von solchen Positionen vorzunehmen. Denn entsprechende Positionen lassen sich eben nicht zuverlässig qua Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zuweisen, wie die erläuterte problematische Nutzung und Deutung des Leitkultur-Begriffs illustriert hat.

Was bedeuten die Überlegungen zum Narrativ der gesellschaftlichen Spaltung nun für die Konzeptualisierung und Gestaltung deliberativer Beteiligungsformate?

Der kritische Blick auf das unterkomplexe Narrativ der gesellschaftlichen Spaltung führt zu dem Plädoyer dieses Beitrags, deliberative Beteiligung nicht in erster Linie als (ebenfalls unterkomplexes) Instrument der Förderung eines gesellschaftlichen Zusammenhalts zu verstehen, das sich vor allem an den Identitäten der Gruppen abarbeitet, die es zusammenzuhalten gilt. Die Aufgabe deliberativer Beteiligung im Kontext der Demokratiekrise ist vielmehr zu suchen in

Gruppen mit höheren Bildungsabschlüssen und Einkommen, vielmehr sind politische Mandatsträger*innen (über alle Parteien hinweg) ihnen gegenüber auch deutlich weniger responsiv (Elsässer et al. 2017).

1. einem Beitrag zur Verbesserung der Qualität des demokratischen Systems (das impliziert v. a. die Bekämpfung der ungleichen Möglichkeiten politischer Einflussnahme zugunsten benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen und die Aufdeckung demokratischer Ausschlüsse⁴)
2. der Schaffung demokratischer Räume, in denen Konflikte konstruktiv ausgetragen werden können (das impliziert v. a. die Aufhebung eines Konsenszwangs und die Organisation fairer demokratischer Debatten über konfliktive Interessen und Positionen) und
3. der Aufdeckung von und Auseinandersetzung mit Positionen, die mit den Grundwerten der demokratischen Ordnung nicht vereinbar sind (das impliziert auch die Aufdeckung von und Auseinandersetzung mit den Gründen für die Einnahme dieser Positionen).

So gedacht verfängt sich das Werkzeug der deliberativen Beteiligung nicht in problematischen Verkürzungen des Spaltungsnarrativs. Dieses Aufgabenprofil stellt jedoch hohe Anforderungen an die Konzeptualisierung von Deliberation und ihre Umsetzung in der Beteiligungspraxis. Theoretische und empirische Forschungsarbeiten, die Muster ungleicher Beteiligung in der gegenwärtigen deliberativen Praxis eher verfestigt als aufgelöst sehen (u. a. ENGAGE 2021; Schäfer & Zürn 2021; Siepker 2022), die befürchten, dass konsensorientierte Verfahren nach dem Ideal des „objektiv besseren Arguments“ gegenwärtig dominante Interessen bevorteilen und zu wenig Raum für Konflikt bereitstellen (u. a. Hammond 2020; Machin 2023) und auf stark begrenzte Spielräume demokratischer Aushandlung⁵ deliberativer Verfahren hinweisen (u. a. Bäckstrand et al. 2010; Böker & Elstub 2016; Hildingsson 2010; Mert 2019), zeigen die Notwendigkeit grundlegender Reformen deliberativer Beteiligungsformate auf.

Konstruktive Vorstöße in dieser Hinsicht liefern u. a. Marit Böker und Stephen Elstub (2016), Marit Hammond (2020) sowie Amanda Machin (2023). Ihre Entwürfe vereint ein Idealbild, das entgegen der weithin gängigen Praxis Deliberation nicht als top-down gesteuertes, Output-orientiertes, konsensuales Beratungsinstrument zur Policy-Entwicklung oder -Implementierung zeichnet, sondern vielmehr als institutionell im

⁴ Der Begriff der demokratischen Ausschlüsse bezieht sich nicht nur auf den ungerechtfertigten Ausschluss oder die Benachteiligung von Personen oder sozialen Gruppen von/bei der demokratischen Beteiligung. Im Sinne der epistemischen Ungerechtigkeit (vgl. Frickers 2007) bezieht er sich auch auf das Phänomen, dass relevante Positionen oder Argumente in demokratischen Debatten ausgeschlossen werden, weil sie z. B. von marginalisierten Gruppen vorgebracht werden, denen nicht/weniger geglaubt oder zugehört wird oder weil diese Positionen und Argumente nicht in etablierte (Sprach-)Logiken hineinpassen und damit gar nicht ins Wort gebracht oder so vorgebracht werden können, dass sie ernst genommen werden.

⁵ Die Begrenzung von Spielräumen der demokratischen Aushandlung entsteht in der Beteiligungspraxis vor allem durch die tendenziell starke Top-down-Organisation deliberativer Beteiligungsformate. Beteiligungsthemen sind dadurch mitunter eng zugeschnitten und viele Beteiligungsverfahren finden erst spät im politischen Prozess statt.

demokratischen System verankerter, bottom-up gestalteter und offener Diskursraum, der politische Prozesse kontinuierlich und kritisch begleitet, ungerechten politischen Machtverhältnissen entgegenwirkt und neue, kreative Perspektiven in politische Prozesse einbringt. In welche konkreten Gestaltungsmerkmale ein solches Idealbild zu übersetzen ist und wie die praktische Umsetzung eines entsprechenden Deliberationskonzepts gelingen kann, ist eine drängende Aufgabe weiterer Forschung.

Fazit und Transfer

Aus der kritischen, politikwissenschaftlichen Betrachtung der vielbesprochenen Gefahr der Polarisierung und des Instruments deliberativer Bürger*innenbeteiligung lassen sich die folgenden drei wesentlichen Impulse bzw. Handlungsempfehlungen – auch für den Umgang mit anderen Krisen – zusammenfassen:

Dort, wo ein Spaltungsnarrativ im Raum steht, muss dieses erstens kritisch hinterfragt werden. Die Erzählung einer tiefen Spaltung wird der Komplexität der demokratischen Krise und vermutlich auch der Komplexität anderer Krisensituationen nicht gerecht. Dazu braucht es Dialog, der etwa aufklärt, wo möglicherweise auch Ängste und Unsicherheiten extreme Positionierungen hervorrufen, z.B. die Angst vor Kontrollverlust bzw. vor Eingriffen in und der Infragestellung von Handlungsrountinen, Normalitäts- und Autonomievorstellungen (vgl. Mau et al. 2024).

Zweitens müssen vorgebrachte Antworten auf eine vermeintliche Spaltung kritisch überprüft werden. Denn wenn die Erzählung einer Spaltung unterkomplex ist, sind es auch die Antworten auf diese Erzählung, die sich dem zumeist wohlgemeinten Ziel verschreiben, Spaltungen zu überwinden und den Zusammenhalt wiederherzustellen. Als solche laufen diese Antwortversuche Gefahr, ausgrenzend zu wirken bzw. Feindbilder zu produzieren und zugleich strukturelle Ursachen von Krisen zu übersehen.

Drittens müssen Lösungen gesucht werden, die der Komplexität der jeweiligen Krise oder des Konflikts gerecht werden. Partizipative Ansätze wie Deliberation können dabei nach wie vor ein sehr hilfreiches Instrument sein. Dies setzt jedoch eine Gestaltung von Deliberation voraus, die sensibel ist für Machtungleichgewichte, d. h. ungleichen Beteiligungsmöglichkeiten und epistemischer Ungerechtigkeit entgegenwirkt und die ausdrücklich Raum für die Austragung von Konflikten und einen kritischen Austausch über vorgebrachte Positionen und Argumente öffnet. Nicht zu unterschätzen ist zudem, dass deliberative Verfahren mit politischer Macht ausgestattet sein müssen, um Veränderungsprozesse tatsächlich anstoßen zu können und nicht als reine „Alibi-Beteiligung“ falsche Erwartungen zu wecken. Vor diesem Hintergrund erscheint es umso wichtiger, Beteiligung deutlich stärker bottom-up zu organisieren, als dies in der politischen (und auch kirchlichen) Praxis gegenwärtig der Fall ist.

Literaturverzeichnis

- Bäckstrand, Karin, Kahn, Jamil, Kronsell, Annica & Lövbrand, Eva (Hg.) (2010). *Environmental Politics and Deliberative Democracy. Examining the Promise of New Modes of Governance*. Cheltenham and Northampton: Edward Elgar Publishing.
- Böker, Marit & Elstub, Stephen (2016). The Possibility of Critical Mini-Publics: Realpolitik and Normative Cycles in Democratic Theory. In: *Representation*, 51(1), 125–144.
- Bundesjugendkuratorium (BJK) (2024). Generationengerechtigkeit: Die Rechte junger Menschen in der alternden Gesellschaft stärken!, Juli 2024, abrufbar unter <https://bundesjugendkuratorium.de/data/pdf/pressemitteilungen/BJK-Diskussionspapier-Generationengerechtigkeit-2024.pdf> [7.11.2024].
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2024). Vermögensungleichheit in Deutschland und Europa. Neue Daten der EZB, 01.03.2024, abrufbar unter <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2024/03/05-vermoegensungleichheit-in-deutschland-und-europa.html> [7.11.2024].
- Deutschlandfunk (2024). Junge Alternative. Noch radikaler als die AfD, 17.5.2024, abrufbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/junge-alternative-rechtsextrem-afd-100.html> [4.10.2024].
- Dryzek, John S., Bächtiger, André, Chambers, Simone, Cohen, Joshua, Druckman, James N., Felicetti, Andrea, Fishkin, James S., Farrell, David M., Fung, Archon, Gutman, Amy, Landemore, Hélène, Mansbridge, Jane, Marien, Sofie, Neblo, Michael A., Niemeyer, Simon, Setälä, Maija, Slothuus, Rune, Suiter, Jane, Thompson, Dennis & Warren, Mark E. (2019). The crisis of democracy and the science of deliberation. In: *Science (New York, N.Y.)*, 363(6432), 1144–1146.
- Elsässer, Lea, Hense, Svenja & Schäfer, Armin (2017). „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: *Z Politikwiss*, 27(2), 161–180.
- Enderlein, Henrik (2013). Das erste Opfer der Krise ist die Demokratie: Wirtschaftspolitik und ihre Legitimation in der Finanzmarktkrise 2008-2013. In: *PVS*, 54(4), 714–739.
- ENGAGE (2021). Trendanalyse – Engagement und Beteiligung in Deutschland. Arbeitspapier 2 des Forschungsprojekts „ENGAGE – Engagement für nachhaltiges Gemeinwohl“, abrufbar unter https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/nachhaltigkeit/2021-04-01_engage_ap2_trendanalyse_arbeitspapier_mit_executive_summary_02.pdf [4.10.2024].
- Frickers, Miranda (2007). *Epistemic injustice. Power and ethics of knowing*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Hammond, Marit (2020). Democratic deliberation for sustainability transformations: between constructiveness and disruption. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 16(1), 220–230.
- Hildingsson, Roger (2010). The Deliberative Turn in Swedish Sustainability Governance. Participation from Below or Governing from Above? In: Karin Bäckstrand, Jamil Khan, Annica Kronsell & Eva Lövbrand (Hg.), *Environmental politics and deliberative democracy. Examining the promise of new modes of governance*. Cheltenham, U.K.: Edward Elgar, 145–164.

- Kneip, Sascha & Merkel, Wolfgang (2020). Legitimitätskrise der Demokratie in Deutschland? In: Sascha Kneip, Wolfgang Merkel & Bernhard Weißels (Hg.), Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 25–58.
- Machin, Amanda (2023). Democracy, Agony, and Rupture: A Critique of Climate Citizens' Assemblies. In: PVS 64, 845–864.
- Mau, Steffen, Lux, Thomas & Westheuser, Linus (2024). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Mert, Ayşem (2019). Participation(s) in Transnational Environmental Governance: Green Values versus Instrumental Use. In: Environmental Values, 28(1), 101–121.
- Mouffe, Chantal (1999). Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism? In: Social Research, 66(3), 745–758.
- Schäfer, Armin (2015). Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt: Campus Verlag (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, 81).
- Schäfer, Armin & Zürn, Michael (2021). Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2749).
- Siepker, Lena (2022). Die Ungleichverteilung von Engagement und Beteiligung in Deutschland – Herausforderung für eine gelingende Nachhaltigkeitstransformation. In: Tobias Gumbert, Carolin Bohn, Doris Fuchs, Benedikt Lennartz & Christian J. Müller (Hg.): Demokratie und Nachhaltigkeit. Aktuelle Perspektiven auf ein komplexes Spannungsverhältnis. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 119–136.
- Siepker, Lena, Wolff, Franziska & Fuchs, Doris (2024). Nachhaltiges Gemeinwohl in Bürgerbeteiligungsprozessen verwirklichen. Ein Leitfaden. Broschüre. Münster: miami.
- Tagesschau (2023). Analyse: Die CDU und die Leitkultur. Warum setzt Merz auf eine 23 Jahre alte Debatte?, 12.12.2023, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/cdu-leitkultur-100.html> [4.10.2024].

Lena Siepker M. Sc. Mag. theol.

Scharnhorststraße 100

48151 Münster

lena.siepker(at)uni-muenster(dot)de

<https://www.linkedin.com/in/lena-siepker-08240a205/>

<https://www.uni-muenster.de/Fuchs/mitarbeitende/siepker.shtml>